

Sächsische Zeitung

Abend-Ausgabe

für Anhalt und Thüringen.

Jahrg. 216 Nr. 207

Wagnerspreis: monatlich 4.400.— mit Zustellgebühr. Bestellungen nehmen sämtliche Postämter, Brieflager und unsere Zeitungsverleger entgegen. Säbener Druck mit dem Verlag von Sächsischer Zeitungsdruckerei	Halle-Saale	Anzeigenpreis: Die Spaltenbreite 34 mm betrie mm-Grundplatz 300.— A. Kleine Ausgaben 120.— A. Familienausgaben 80.— A. Die Spaltenbreite 50 mm betrie mm-Grundplatz 200.— A. Jahrbuch nach Carl. Zeitungsverleger Halle-Saale
Verkaufsstelle Halle-Saale: Leipziger Straße 01/02. Fernruf Central 7801, werktags von 7 Uhr an Redaktion 6609 und 6610. — Postfachkonto Leipzig 30 512.	Freitag, 4. Mai 1923	Belegstellen Berlin: Bernburger Str. 30. Fernruf Amt Kurfürst 67. 6209 Eigene Berliner Schriftleitung. — Verlag an Otto Uhlert, Halle-Saale

Der Wunsch nach Verhandlungen wächst

Die Ueberreichung der französischen Ablehnung

Paris, 4. Mai.
Das Bericht, daß die von Bonairac entworfene Antwort auf die deutsche Note gestern Abend der belgischen Regierung als Brief überreicht wurde. Sie präzisiert in ziemlich detaillierter Weise die Gründe, weshalb die Forderungen des deutschen Reiches von der französischen Regierung als unannehmbar betrachtet werden. Die belgische Regierung wird heute bekanntgeben, in welcher Form sie die deutsche Mitteilung beantworten werde. Die französische Regierung überreicht heute morgen den Text ihrer Antwort in London und Rom mitteilen lassen. Die Note an die deutsche Regierung wurde Freitag Abend, wahrscheinlich aber erst Samstag Vormittag, überreicht.

England bindet sich nicht an Frankreichs Ablehnung

London, 3. Mai.
„Evening Standard“ zufolge könne gegenwärtig noch nicht mit Gewissheit gesagt werden, welche Haltung die britische Regierung gegenüber der deutschen Note einnehmen werde. Das Cabinet müsse sie noch erwägen und werde zunächst die Ansichten der alliierten Kabinette und Washington einholen. Die Regierung stehe weiterhin zu dem von Bonairac im Januar in Paris unterbreiteten Plan. Wenn die britische Regierung Verhandlungen über den Meinungsaustrausch zwischen Frankreich und Deutschland erlöschener Sinne, so würden sie sich nicht an dem französischen Standpunkt angeschlossen haben. Es sei klar, daß, selbst wenn Frankreich die deutschen Forderungen (summarisch) bewerte, diese Bewertung die belgischen, spanischen, griechischen oder italienischen nicht hätte. Ein solches Urteil verlangt werden, daß die deutsche Note in politischen Kreisen mit Entschiedenheit aufgenommen wurde. Ein Meinungsaustrausch zwischen den Mächten, an die die deutsche Note gerichtet ist, sei bereits eröffnet worden.

Die englische Arbeiterpartei für Verhandlungen

London, 4. Mai.
In einer Mitteilung, die gestern von der parlamentarischen Arbeiterpartei über Deutschlands Reparationsangebot ausgegeben wurde, heißt es: „Eine Regelung kann unter der Voraussetzung erzielt werden, daß Deutschland noch weiter gerückt ist und die

Englische Industrielle kommen nach Berlin

London, 4. Mai.
Der Vollzugsausschuß der parlamentarischen Industriellen Gruppe hat beschlossen, entsprechend der Einladung finanzieller und industrieller Kreise in Berlin eine Expedition zu entsenden, um mit ihnen über wichtige Fragen der Reparationsprobleme zu beraten. Der Ausschuß soll der Ansicht sein, daß die deutsche Note die Frage aus der Sphäre nicht-offizieller Gespräche geboren hat.

Amerikanische Ansichten über den deutschen Vorschlag

New York, 3. Mai.
„New York World“ schreibt in einem Leitartikel, das deutsche Angebot mache einen vernünftigen Eindruck. Sein Hauptmangel sei, daß es sehr elastisch gehalten sei. Man habe schwerlich von Deutschland erwarten können, daß es ein Angebot machen würde, das sich mit dem Verbotlichen Frankreich im Widerspruch einbringen ließe. Man habe Bonairacs das Wort. Durch seine Haltung werde er zeigen, ob er für eine Regelung der Reparationsfrage sei oder ob er Ziele verfolge, zu denen er sich nicht offen zu bekennen wage.

Schwedische Zustimmung

Stockholm, 3. Mai.
Die Stockholmer Presse sieht unbedeutend über außerpolitischen Einstellung in dem Angebot Deutschlands eine durchaus geeignete Verhandlungsbasis und drückt die Hoffnung aus, es möge englischen Einfluß gewinnen. „Frånbladet“ nennt das Festhalten der deutschen Regierung an dreißig Milliarden trotz der durch die Ruhr-Occupation eingetretenen Verluste überraschend und einen Beweis für die deutsche Bereitwilligkeit, das Streben zu leisten, welche die französischen Forderungen und der Garantie für den Schadenersatz gebe, das Angebot über die Bestimmungen des Friedensvertrages hinaus. Die in Aussicht gestellte Zusammenarbeit der deutschen Rohstoffe mit der französischen Eisenindustrie müsse nach dem Pläne der Ruhr-Occupation in Frankreich besonders gut wirken. „Stockholms Dagblad“ ist das Angebot, wie es Erwartung fordere, reichlich bemessen und geht bis an die äußerste Grenze der deutschen Leistungsfähigkeit. „Professors Gaffel“ schreibt in „Svenska Dagbladet“, nachdem er die finanzielle Lage des Deutschen Reiches kennen gelernt habe, daß Deutschland über zu wenig Geld geboten habe. Er sieht in dem Vorschlag den getreuen Ausdruck der französischen Hoffnung auf Mobilisierung des Schwaben-erlasses, worauf die französische Finanzpolitik seit dem Waffenstillstand beruhe. Die wichtigste Voraussetzung für das Innekommen der Forderungen sei die Sicherheit, daß ein neues Ausbrotender nicht mehr in Frage komme und daß Frankreich ein Streben, das Wiederankommen der deutschen Industrie, Schiffahrt und seines Handels zu verhindern, definitiv aufgibt. Die einzige wirkliche den Anliegensprechenden zu dienende Sicherheit liege in einer Einmütigkeit der deutschen Wirtschaft, die zu einem Ueberstich in der internationalen Zahlungs- Bilanz Deutschlands führe.

Italien will verhandeln

Rom, 3. Mai.
„Tribuna“ erkennt an, daß die deutsche Note in entgegenkommender und verständlichem Tone gehalten sei und erklärt, sie biete eine geeignete Grundlage für Verhandlungen. Frankreichs Forderung, daß Deutschland erst nach vollständiger Zahlung zu räumen, werde von England, Italien und Belgien nicht geteilt. Frankreichs Widerstand gegen eine Lösung der Reparationsfrage sei nicht unüberwindlich, sonst müßte die Mehrheit der Mächte eine Sonderlösung suchen, denn die Mehrheit der Verbündeten halte die deutsche Note einer Prüfung wert.

„Energie d'Italia“ warnt Frankreich

„Energie d'Italia“ warnt Frankreich davor, die Note ganz abzulehnen, da die Diplomaten die politischen Vorbedingungen und die Sonderbedingungen die finanziellen Vorbedingungen verbessern könnten. „Energie“ meint, wenn Frankreich die Note ablehnen würde, so würde die politische und finanzielle Lage des Reiches sich verschlechtern. „Idea Nazionale“ findet den Teil der Note, der von den Garantien handelt, besser als den finanziellen, da im Grunde genommen nur wenige Milliarden geboten würden. Frankreich solle sich ernstlich überlegen, ob es ablehne. England müsse die Möglichkeit einer energiegelben Auftreten und nicht nur wie bisher dem Scheine nach.

„Lombard“ glaubt, der tote Punkt sei jetzt überschritten

„Lombard“ glaubt, der tote Punkt sei jetzt überschritten und die Verhandlungen müßten fortgehen.

Der Prozeß gegen die Krupp-Direktoren

Die Werdener Justizkomödie

Essen, 3. Mai.
Der Krupp v. Böhlen und Calbach und die übrigen Beschäftigten sind in Zellen im Amtsgerichtsgefängnis untergebracht. Die Verpflegung hat das Rote Kreuz übernommen. Die Herren wohnen jetzt zu zweien in einer Zelle.
Das Verfahren des französischen Kriegsgerichts wegen der Kruppfrage auf den Kruppwerken richtet sich, wie bereits mitgeteilt, aus gegen solche Mitglieder der Beschäftigten, die zurzeit nicht in Essen wohnen. Ein solches an mittelalterlichen Zeiten erinnerndes Verfahren gegen Abwesende ist dem deutschen Rechte fremd. Bemerkenswert ist, daß es sich bei den abwesenden Kruppischen Direktoren um Persönlichkeiten handelt, die in ihren früheren Zeiten in Berlin tätig sind, um die künftige Fälligkeit mit den Regierungsbehörden und den zentralen Wirtschaftsstellen zu pflegen, um die finanziellen und ausländischen Interessen der Firma wahrzunehmen. Nur auf diese Weise kann es überhaupt ermöglicht werden, die Arbeit in den Kruppischen Werken durchzuführen und das gesamte Unternehmen weiterzuführen.

Werdener, 3. Mai.
Zur Sicherheit des französischen Kriegsgerichts, das morgen gegen die Kruppfabriken verhandeln, sind starke französische Truppenabteilungen hierher geleitet worden. Die Hauptgebäude der Werken werden abgepörrt, und zwar während der Nacht. Die Stadt der Franzosen ist demontationsfähig der Grundes anderer nach Werdener vor dem Kommando, da die in den Kruppwerken auch sonst überall ruhig gearbeitet wird.
Sant „S. P.“ ist zur Verhaftung über den Kruppischen Direktorenprozeß in Werdener eine eigene direkte Telegraphenleitung Paris-Werdener eingerichtet worden. Von Seiten des Kriegsgerichts wurde ausdrücklich erklärt, daß auch die deutsche Presse in ihrer Berichterstattung nicht behindert werden solle.
(Eigener Drahtbericht)

TU, Werdener, 3. Mai.
Das Justizbureau über die Justizkomödie, das sich heute in dieser kleinen Stadt abspielt, hat als Schlußbild den größten Diebstahl des Landes. Rechts und links von den Gerichtstischen sind

die Klänge der Vertreiber und des Sekretärs der Anlage zu hören. Reizstoffe herrren den Richter, die den Angeklagten und Verteidigern von der Öffentlichkeit ausgeschlossen sind. Die Gruppe von Böhlen und Calbach und die Direktoren Bruhns, Hartwig und Oerlein sind bereits um 7 Uhr im Auto aus dem Gerichtsgefängnis nach dem Saale gebracht worden. Gegen 8 1/2 Uhr nahmen die Vertreiber Platz. Der Vorsitz im Gericht führt Oberst Brasowel. Im Saal ist auch ein General Stahlschmidt anwesend, der für diesen Fall als Dolmetscher zur Verfügung gestellt hat.
Gegen 9 Uhr eröffnet der Vorsitz. Die Verhandlung beginnt mit der Vernehmung des Dr. Bartholomäus als Dolmetscher. Dann wird der Beschuldigte durch den Beschuldigten gegen die Angeklagten eröffnet wird. Als erster Angeklagter wird Dr. Krupp von Böhlen und Calbach und die Direktoren Bruhns, Hartwig und Oerlein sind bereits um 7 Uhr im Auto aus dem Gerichtsgefängnis nach dem Saale gebracht worden. Gegen 8 1/2 Uhr nahmen die Vertreiber Platz. Der Vorsitz im Gericht führt Oberst Brasowel. Im Saal ist auch ein General Stahlschmidt anwesend, der für diesen Fall als Dolmetscher zur Verfügung gestellt hat.
Gegen 9 Uhr eröffnet der Vorsitz. Die Verhandlung beginnt mit der Vernehmung des Dr. Bartholomäus als Dolmetscher. Dann wird der Beschuldigte durch den Beschuldigten gegen die Angeklagten eröffnet wird. Als erster Angeklagter wird Dr. Krupp von Böhlen und Calbach und die Direktoren Bruhns, Hartwig und Oerlein sind bereits um 7 Uhr im Auto aus dem Gerichtsgefängnis nach dem Saale gebracht worden. Gegen 8 1/2 Uhr nahmen die Vertreiber Platz. Der Vorsitz im Gericht führt Oberst Brasowel. Im Saal ist auch ein General Stahlschmidt anwesend, der für diesen Fall als Dolmetscher zur Verfügung gestellt hat.

Der nächste ist das Betriebsratsmitglied Müller. Der Angeklagte ersticht, beim Verleihen der Zeugen hat sich heraus, daß einige Zeugen nicht anwesend sind. Nach dem Aufbruch der Zeugen, die sämtlich den Saal verlassen müssen, erhebt sich Rechtsanwalt Dr. Grimm, um seine völkerrechtlichen Einwendungen gegen die Zuständigkeit des Kriegsgerichts zu machen. Um es größerer ist das Erkennen der Vertreiber, als sich der commissaire rapporteur Dubert erhebt und die Gelegenheit ergreift, um eine grobe politische Rede zu halten. Er nimmt dem Gericht der Vertreiber auf weitere Auslassungen zum Wort, um die politischen Ansichten der Anlage-behörde darzulegen.

Dollar amtl. 37506 G.

Englische Pressestimmen

London, 3. Mai.
„Daily Herald“ überschreibt seinen Leitartikel mit dem Wort: „Dem Frieden nicht näher“ und führt aus: Jederzeit die Franzosen, daß sie die Regelung der Reparationsfrage gar nicht wollen. Es sei daher natürlich genug, daß sie auf höhere Maß setzen. Das Verbotrecht führt fort: Wir wollen, daß Frankreich eine angemessene Summe für die Wiederherstellung der vernünftigen Gebiete erhält, aber unsere Summe ist nicht die hauptsächlich den deutschen Anzweifeln, ihren Frauen und Kindern, die eine so glänzende Entschädigung verdient haben, dem Militarismus nicht nachzugeben, die nicht allein Würde zeigen, sondern auch abgeben, und deren Opfer dauernd höher werden. In ihrem Interesse ebenso wie im Interesse der britischen Arbeiter, die erwerbslos sind wegen des ungeordneten Zustandes Europas, fordern wir die Regierung dringend auf, eine Unterhandlung zu machen, um die Parteien zusammenzubringen und einen Frieden vorzuführen.
„Daily Express“ schreibt zu der deutschen Note: Die Ansichten Angebots mühe allen alliierten Kabinets (sogar unentschieden) werden. Bevor eine Regelung erzielt und Deutschlands Mitwirkung nicht geachtet sei, könnten die Alliierten nicht davon rechnen, ihr Geld zu bekommen. Das Blatt erklärt sich keinesfalls zu der Ansicht, daß die Deutschen sich befehlen beständen, ein Angebot gemacht zu haben. Es hält die vorgeschlagenen anderthalb Milliarden Pfund für zu wenig, obwohl es anscheinend die Wiederaufnahme der beschiedenen vor der Besetzung des Ruhrgebietes erfolgten Verhandlungen nicht ausschließen. Aber man sehe aus den Erklärungen Poincaré und seiner Presse, daß es wenig Interesse gemacht hätte, wie hoch die Summe sei, wenn nicht Deutschland bedingungslos den politischen Widerstand aufhebe. Es werde dem Deutschland verlangt, sich keine falschen Hoffnungen zu machen, bevor Frankreich mit ihm sprechen wolle.

